

## **Bericht des Gemeinderats**

### **Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP) vom 11. Juni 2009: Aktiv gegen die Krise: Weiterbeschäftigung der Lernenden der Stadtverwaltung (09.000228)**

In der Stadtratssitzung vom 15. Oktober 2009 wurde das folgende dringliche Postulat Fraktion SP/JUSO als erheblich erklärt.

In den letzten Wochen und Monaten wurde schnell deutlich, dass die jungen Erwachsenen, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, auf dem Arbeitsmarkt zu den Hauptverliererinnen und Hauptverlierer gehören. So hat die Arbeitslosigkeit der 20 bis 25jährigen laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im März 2009 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 44% zugenommen und beträgt nun 5,1% (gegenüber 3,4% über alle Alterskategorien hinweg). Diese Medienberichte der letzten Tage prognostizieren in dieser Altersgruppe einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 6% bis Ende 2009. Zudem wird ein Anstieg auf über 9% bis Ende 2010 nicht ausgeschlossen. Aufgrund der beim SECO gebräuchlichen statistischen Untergliederung sind die jüngeren Jugendlichen, namentlich unter 20jährige Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, nicht in dieser Zahl enthalten, obwohl sie von der Problematik identischer Weise betroffen sind.

Dabei trifft die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich oft Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger: Deren Chancen eine (neue) Arbeitsstelle zu finden sind auf dem angespannten Arbeitsmarkt mangels Berufserfahrung vielfach am geringsten. Dies ist umso gravierender, als es sich bei diesen Jugendlichen um die gleichen Jahrgänge handelt, die bereits vor drei bis vier Jahren am härtesten vom Lehrstellenmangel getroffen wurden, der damals seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Bedeutung der beruflichen Integration und der kontinuierlichen Teilnahme am Arbeitsmarkt für die berufliche, soziale und persönliche Entwicklung gerade jüngerer Menschen ist hinlänglich bekannt. Deshalb ist es angezeigt, dass die Stadt Bern denjenigen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die sie selbst ausgebildet hat und die keine weiterführende Stelle finden, Hand für eine angemessene Weiterbeschäftigung bietet. Deren zentrale Funktion besteht darin, den Lehrabsolventinnen und -absolventen, die auf dem Arbeitsmarkt so dringend benötigte Berufserfahrung zu vermitteln. Zugleich soll den Betroffenen in diesem Rahmen auch die Möglichkeit zur Weiterbildung eröffnet werden.

Aus diesem Grund bitten wir den Gemeinderat Folgendes zu prüfen:

1. Gewährleisten, dass keine in der Stadtverwaltung ausgebildeten Jugendlichen nach dem Lehrabschluss in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.
2. Für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Stadt Bern, welche keine Anschlusslösung finden – soll auf qualifizierenden Arbeitsstellen – eine Weiterbeschäftigungsgarantie bis max. 18 Monate angeboten werden.
3. Zugleich sollen sie bei der Stellensuche sowie im Hinblick auf mögliche Weiterbildung unterstützt werden.

Bern, 11. Juni 2009

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP):* Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Daniela Schäfer, Beni Hirt, Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Ursula Marti, Patrizia Mordini, Gulielmo Grossi, Leyla Gül, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Rolf Schuler, Corinne Mathieu

## Bericht des Gemeinderats

Das Dringliche Postulat Fraktion SP/JUSO vom 11. Juni 2009 wurde mit SRB 514 vom 15. Oktober 2009 erheblich erklärt.

Da es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen ist, mit Angeboten in der Stadtverwaltung etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen, hat er frühzeitig Massnahmen ausgelöst. So hat er beim Lehrstellenangebot in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen und die Anzahl der Lehrstellen von 2005 bis 2010 um 64 % von 129 auf 212 erhöht. Das entspricht heute einer Quote der Lernenden von gegen 10 % im Verhältnis zu den öffentlich-rechtlichen Vollzeitstellen, ohne Berücksichtigung der angebotenen Praktikastellen und Zweitausbildungen bei der Feuerwehr und der Sanitätspolizei. Dies ist im Vergleich zu anderen Verwaltungen ein hoher Anteil. In der Folge schliessen jährlich mehr Lernende bei der Stadtverwaltung ihre Lehre ab und machen sich auf Stellensuche.

Trotz dieser Entwicklung der Lehrstellenangebote kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2010 die Anzahl Lehrabgängerinnen und -abgänger, die noch keine Anschlusslösung haben, um rund 50 % von 25 auf 13 reduziert werden konnte. Dieses Ergebnis wertet der Gemeinderat als positives Zeichen für die Bestrebungen und Aktivitäten der Stadtverwaltung, die Lehrabgängerinnen und -abgänger bei der Suche nach einer Anschlusslösung innerhalb oder ausserhalb der Stadt Bern zu unterstützen. Bereits heute wird bei voraussehbaren Vakanzen frühzeitig geprüft, ob Lernende für die Arbeitsstelle in Frage kommen würden.

Eine garantierte Anschlusslösung durch die Stadt für alle Lehrabgängerinnen und -abgänger kann aus verschiedenen Gründen nicht erreicht werden. Insbesondere dann, wenn die grundsätzliche Leistungsbereitschaft, das Verhalten während der Lehre oder die Bemühungen der Lehrabgängerinnen und -abgänger eine Anschlusslösung zu finden ungenügend sind. Zudem stösst die Stadtverwaltung bezüglich Praktikas oder bezüglich der Schaffung zusätzlicher qualifizierter Arbeitsstellen für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger an ihre Grenzen. Der Betreuungsaufwand für Praktikantinnen und Praktikanten, für Lernende sowie für Mitarbeitende zur sozialen Integration beanspruchen die Dienststellen heute bereits in hohem Masse. Gesamthaft betrachtet bedeutet der Betreuungsaufwand für die Linie einen erheblichen Zusatzaufwand. Um Qualität und Effizienz der hauptsächlichen Arbeit nicht zu gefährden, darf dieser Zusatzaufwand nicht weiter steigen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat bereits in den Legislaturzielen 2009 - 2012 im Ziel „Die Stadt Bern unterstützt neue Massnahmen und Angebote zur beruflichen Integration, insbesondere von Jugendlichen“ das grundsätzliche Anliegen der Postulantinnen und Postulanten umfassend umschrieben hat. Deshalb wird er dem Thema Weiterbeschäftigung der Lernenden der Stadtverwaltung auch in Zukunft eine hohe Priorität beimessen. Er ist zudem bestrebt, auch weiterhin in die Lehrstellenqualität zu investieren, damit Lehrabgängerinnen und -abgänger der Stadtverwaltung über eine möglichst hohe Arbeitsmarktfähigkeit verfügen. Er setzt alles daran, städtische Lernende, bei denen noch keine Lösung nach der Lehre in Aussicht steht, in ihren Bemühungen bei der Stellensuche zu unterstützen und ihnen bei Bedarf Einsatzmöglichkeiten bei der Stadt zu bieten.

Bern, 18. Oktober 2010

Der Gemeinderat